

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 83 (2008)
Heft: 11

Artikel: GSoA zerstört Arbeitsplätze
Autor: Eichenberger, Corina
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-717766>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GSoA zerstört Arbeitsplätze

Natürlich sind Waffen kein Produkt wie jedes andere. Gerade deshalb sind die Schweizer Ausfuhrbestimmungen für sicherheitstechnische Güter umfassender und strenger als jene der meisten europäischen Partnerstaaten.

NATIONALRÄTIN CORINA EICHENBERGER, KÖLLIKEN

Die aktuellen Bewilligungskriterien entsprechen einem hohen ethischen Standard und tragen unter anderem der Aufrechterhaltung des Friedens, der internationalen Sicherheit sowie der Situation im Innern des Bestimmungslandes (z.B. Respektierung der Menschenrechte, Verzicht auf Kindersoldaten) Rechnung.

Wenn Rüstungsexporte ethisch fragwürdig sein sollen, so ist ein Exportverbot ebenso ethisch fragwürdig. Der moderne Staat zeichnet sich durch das Gewaltmonopol aus, das er von der Gesellschaft zur Durchsetzung des Rechts und zur Sicherheit der Bevölkerung erhält.

Im Innern übt er dies mit der Polizei aus, im Äussern mit der Armee. Die Aufgaben und Aufträge der Armee sind gemäss der Verfassung auf die Bedrohungslage auszurichten; entsprechend muss die Ausbildung und die Ausrüstung sein.

Schweiz zieht Nutzen

So lange sich die Empfängerstaaten von sicherheitstechnischen Gütern an das Völkerrecht halten, gibt es keinen Grund, ihnen keine Waffen und Geräte zu verkaufen. Im Gegenteil: Vielmehr würde die Schweiz durch ein Exportverbot den betroffenen Staaten das Recht absprechen, sich gegen Angriffe selbst zu verteidigen. Diese Staaten würden ihre Rüstungsgüter in anderen Staaten erwerben.

Nicht zuletzt profitiert auch die Schweiz vom internationalen Rüstungsmarkt. Weil sie aus wirtschaftlichen Gründen nicht alles autonom produzieren kann und will, vertraut sie auf die Importmöglichkeit zahlreicher komplexer Waffen und Systeme. Es wäre ungerecht und diplomatisch verheerend, unseren politischen und wirtschaftlichen Partnern Beschaffungen im sicherheitspolitischen Bereich in unserem Land zu verunmöglichen.

Eigene Kapazität

Der Bundesrat empfiehlt dem Parlament, die unsere Wirtschaft schädigende Ini-



Nationalrätin Corina Eichenberger.

tative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Er ist zu Recht der Meinung, dass die bewährte geltende Gesetzgebung für die Belange der Rüstungsausfuhren den aussenpolitischen, sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Schweiz in ausgewogener Art und Weise Rechnung trägt. Ohne eigene industrielle Kapazitäten könnte die Einsatzbereitschaft der Schweizer Armee nicht mehr

gewährleistet werden. Das Aufwuchskonzept würde obsolet.

Ordnungspolitisch falsch

Weil die Schweizer Rüstungsindustrie zwingend auf Exportmöglichkeiten angewiesen ist, würden bei einer Annahme der Initiative Tausende von hochspezialisierten Arbeitsplätzen aus der Maschinen- und Elektronikindustrie sowie aus kleinen und mittleren Zulieferbetrieben vernichtet. Unter dem Verlust an Rechtssicherheit und Vertrauen schliesslich würde die gesamte Schweizer Exportindustrie leiden, auch Firmen, die zivile oder Dual-Use-Güter herstellen, was in der Schweiz die meisten Unternehmen tun.

Was mich persönlich besonders stört an dieser Initiative ist der «Sozialplan», der diesen Namen nicht verdient. Die Initianten stellen den durch das Ausfuhrverbot betroffenen Regionen und Mitarbeitern eine staatliche Konversionsbeihilfe aus Steuergeldern während zehn Jahren in Aussicht.

Ein solches Vorgehen ist volkswirtschaftlich und ordnungspolitisch falsch. Es kann nicht die Aufgabe des Staates sein, wettbewerbsverzerrend in das Marktgeschehen einzutreten. Ohne eine entsprechende Nachfrage können keine Arbeitsplätze im zivilen Bereich geschaffen werden.

Nein zur Initiative

Die von der GSoA vorgeschlagene und von SP und Grünen unterstützte Zwangskonversion schafft keine zusätzlichen Arbeitsplätze, sondern zerstört existierende Märkte und Arbeitsplätze von Schweizer Firmen, die in diesen Bereichen tätig sind. Erfahrungen aus dem Ausland belegen zudem, dass solche Konversionsprojekte in 80 bis 90 Prozent der Fälle keinen Erfolg haben. Aus diesen Gründen lehne ich diese Initiative ab.

Corina Eichenberger-Walther, geboren 1954 in Aarau, ist seit 2007 Aargauer Nationalrätin. Sie gehört der Sicherheitspolitischen Kommission an und ist Mitglied des Arbeitskreises Sicherheit und Wehrtechnik (Asuw). Von Beruf ist sie Rechtsanwältin.